



Stadtsparkasse Wermelskirchen

Jahresabschluss 2017

und Lagebericht des Vorstandes

Stadtsparkasse Wermelskirchen

Anstalt des öffentlichen Rechts
Handelsregister Köln, HRA 15991

Gegründet 1877

141. Geschäftsjahr

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin/Bonn, angeschlossen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Wermelskirchen.

Lagebericht

GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER SPARKASSE

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger der Sparkasse ist die Stadt Wermelskirchen. Die Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse bilden der im Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG) festgeschriebene öffentliche Auftrag der Sparkasse sowie das Regionalprinzip. Die Sparkasse ist Mitglied im Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV).

Die Schwerpunkte unseres Geschäftes liegen unter Beachtung des Regionalprinzips und öffentlichen Auftrags im Anlage- und Finanzierungsgeschäft mit Privat- und Firmenkunden. Dabei steht das bilanzwirksame Geschäft, ergänzt durch die Produkte unserer Verbundpartner, im Fokus. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Eigenanlagen der Sparkasse.

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe besteht aus insgesamt 13 eigenständigen Sicherungseinrichtungen. Gemeinsam nehmen sie die Aufgabe wahr, die Zahlungsfähigkeit der Mitgliedsinstitute bei absehbaren oder bestehenden Schwierigkeiten zu sichern. Das Sicherungssystem besteht im Einzelnen aus:

- elf regionalen Sparkassenstützungsfonds,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Sollte ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wird es vom jeweiligen Fonds gestützt. Damit werden jederzeit die Liquidität und Solvenz der Institute gewährleistet. Alle Sicherungsfonds sind in einem bundesweiten Haftungsverband zusammengeschlossen. In Abhängigkeit von den notwendigen Aufwendungen stehen dadurch in einem Stützungsfall sämtliche Mittel aller Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Die Funktion der Sparkassenzentralbank und Girozentrale nimmt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wahr.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2017 um real 2,2% und damit noch stärker als in den beiden vorangegangenen Jahren. Positive Wachstumsimpulse kamen im vergangenen Jahr erneut vor allem von den privaten Konsumausgaben (+1,9%), die allein 1%-Punkt und damit nahezu die Hälfte zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) beitrugen. Der staatliche Konsum wurde in 2017 um 1,6% ausgeweitet, trug damit jedoch nur 0,3%-Punkte zum BIP-Wachstum bei. Der Außenbeitrag fiel mit +0,2%-Punkten wieder positiv aus. Die Bruttoanlageinvestitionen trugen mit 0,7%-Punkten erneut positiv zum Wachstum bei. Im vergangenen Jahr wurde somit 3,3% mehr investiert als im Vorjahr. Dabei fällt vor allem das starke Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen auf, die um 4% ausgeweitet wurden. Die Bauinvestitionen stiegen wie im Vorjahr um +2,7%. Die privaten Konsumausgaben wurden in 2017 ähnlich stark wie im Vorjahr um 1,9% ausgeweitet. Die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation wirkte wie in den Vorjahren konsumfördernd. Angesichts mangelnder attraktiver Anlagealternativen verharrte auch die Sparquote mit 9,9% in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich zwar im vergangenen Jahr mit einem Plus von 1,6% weiter, der Anstieg fiel jedoch geringer aus als in den Vorjahren. Trotz der Ausgabensteigerungen erzielte der staatliche Sektor (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in 2017 zum vierten Mal in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Die deutschen Exporte legten kräftig um 4,7% zu. Die Einfuhren nahmen mit einem Plus von 5,1% sogar noch etwas stärker zu. Der Außenbeitrag, d. h. der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, fiel in 2017 leicht positiv aus (+0,2%-Punkte).

Das Volkseinkommen ist 2017 um 4,1% gestiegen und somit stärker als 2016. Dabei nahmen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+3,7%) schwächer zu als die Arbeitnehmerentgelte (+4,3%). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte legte in 2017 mit +3,9% noch stärker als in den Vorjahren zu.

Lagebericht

Der langanhaltend positive Trend auf dem deutschen Arbeitsmarkt setzte sich auch im vergangenen Jahr fort. So konnte die Bundesagentur für Arbeit auch für das abgelaufene Jahr neue Rekorde vermelden. Im Jahresdurchschnitt waren 44,28 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, 638.000 bzw. 1,5% mehr als im Vorjahr. Wie schon in den Vorjahren hat dabei die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärker zugenommen als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Eine positive Entwicklung nahm auch die Arbeitslosigkeit, die auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken ist. Im Jahresdurchschnitt waren 2.553.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 6% weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 5,7% (2016: 6,1%).

Die bereits im Jahresverlauf 2016 erkennbare Trendwende bei der allgemeinen Preisentwicklung hat sich im vergangenen Jahr bestätigt. Mit einem Plus von 1,8% deckte sich die Entwicklung der Verbraucherpreise weitgehend mit der Zielsetzung der EZB, die einen jährlichen Preisanstieg von unter, aber nahe 2% anstrebt. Erneut war die Energiepreisentwicklung der wesentliche Bestimmungsfaktor für die Preisentwicklung. Energie verteuerte sich im Jahresdurchschnitt um 3,1%, nach Rückgängen in den Vorjahren.

Die Europäische Zentralbank (EZB) ließ ihren negativen Einlagezins im Jahr 2017 unverändert bei -0,40%. Mit 0% blieb der Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte ebenfalls unverändert. Korrespondierend verharren die Geldmarktsätze auf ihrem bereits im Vorjahr erreichten negativen Niveau. Weiterhin sehr niedrig bzw. negativ waren auch die Sätze am Kapitalmarkt. Zum Ende des Jahres 2017 sowie in den ersten Wochen des Jahres 2018 war ein moderater Anstieg der Zinssätze, insbesondere von längeren Laufzeiten, festzustellen. Der deutsche Aktienmarkt war von tendenziell steigenden Kursen geprägt. Der Deutsche Aktienindex (DAX) erreichte mit rd. 13.500 Punkten im November ein neues Allzeithoch. Zu Beginn des Jahres 2018 setzte allerdings eine spürbare Kurskorrektur ein.

BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Nach der Analyse der Deutschen Bundesbank war das Umfeld der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2016 im Wesentlichen durch zwei gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet. Einerseits durch das Niedrigzinsumfeld, das die Ertragssituation verschlechterte. Andererseits wirkte sich die positive gesamtwirtschaftliche Lage positiv auf die Ertragslage, insbesondere auf das Bewertungsergebnis, aus. In Summe reduzierte sich der Zins- und Provisionsüberschuss der deutschen Kreditinstitute deutlich um 5,4 Mrd. € auf 120,9 Mrd. €. Der Zinsüberschuss als die mit Abstand wichtigste Ertragsquelle reduzierte sich über alle Institute hinweg um 4,9%.

Die bereits zuvor schon sehr flache Zinsstrukturkurve hat sich im Jahr 2016 noch deutlicher in den negativen Bereich verschoben. Aufgrund der durch den Wettbewerb sowie geschäftspolitische Überlegungen vorgegebenen Nullzinsgrenze hat sich dadurch der Margendruck auf einlagenstarke Institute noch verstärkt. Die Zins- und Geschäftsentwicklung erzeugte zunehmende Risiken aus der Fristentransformation. Über alle Bankengruppen hinweg stieg der Anteil langfristig ausgereicher Kredite an Nichtbanken von 2007 bis 2016 demnach leicht auf 30% der Bilanzsumme. Der Anteil der Sichteinlagen von Nichtbanken an der Bilanzsumme verdoppelte sich in diesem Zeitraum jedoch auf knapp ein Viertel der Bilanzsumme. Bei den Primärinstituten war diese Entwicklung noch weitaus ausgeprägter: der Anteil langfristig ausgereicher Kredite an Nichtbanken erreichte bei den Sparkassen 58% der Bilanzsumme (+7%-Punkte) und bei den Genossenschaftsbanken 55% (+6%-Punkte). Das Sichteinlagenvolumen von Nichtbanken verdoppelte sich in dem Zeitraum von 2007 bis 2016 auf nahezu die Hälfte der Bilanzsumme bei beiden Institutsgruppen.

Die Zinsmargen sind als Folge des Niedrigzinsumfeldes und eines harten Wettbewerbs seit Jahren rückläufig. Hierunter leiden vor allem die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, bei denen der Zinsüberschuss 76,4% bzw. 76,5% der operativen Erträge ausmacht. Das Provisionsergebnis hat in den vergangenen Jahren vor allem für die Sparkassen und Genossenschaftsbanken an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2016 stieg der Provisionsüberschuss der Sparkassen auf 7,0 Mrd. € (23,5% der operativen Erträge), bei den Genossenschaftsbanken auf 4,6 Mrd. € (21,1% der operativen Erträge). Über alle Bankengruppen hinweg ging der Provisionsüberschuss um 2,3% zurück, was insbesondere auf die spürbare Abnahme im Großbankensektor zurückzuführen ist.

Die Personalaufwendungen verringerten sich in 2016 um 3,1% auf 44,6 Mrd. €. Dies war jedoch im Wesentlichen auf einen positiven Einmaleffekt bei den Bewertungsvorschriften für Altersversorgungsverpflichtungen zurückzuführen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen, zu denen u. a. die Aufwendungen für das Filialnetz, die Bankenabgabe sowie Sachaufwendungen für externe Dienstleis-

Lagebericht

tungen gehören, lagen auf dem Niveau des Vorjahres. Das Bewertungsergebnis verschlechterte sich über alle Bankengruppen hinweg um 5,3 Mrd. € auf -8,8 Mrd. €. Ursächlich hierfür waren insbesondere teils sehr hohe Abschreibungen auf Schiffsfinanzierungen bei einigen Großbanken und Landesbanken. Die Sparkassen hingegen verzeichneten in 2016 das sechste Mal in Folge einen Netto-Bewertungsertrag. Aufgrund des guten Bewertungsergebnisses konnten die Sparkassen und Genossenschaftsbanken ihr Betriebsergebnis nach Bewertung im Gegensatz zu den meisten anderen Bankengruppen, insbesondere den Großbanken und Landesbanken, steigern. Die Sparkassen erreichten in 2016 einen Wert von 0,92% der Bilanzsumme, die Genossenschaftsbanken 0,88%. Mit einer Quote von 8,5% bzw. 8,0% waren Sparkassen und Kreditgenossenschaften im Bankengruppenvergleich erneut am besten mit Eigenkapital ausgestattet

Die Bilanzsumme der Sparkassen nahm im Jahr 2017 um 2,3% zu. Bei den Kundeneinlagen war ein Wachstum von 2,4% zu verzeichnen. Dieser Zuwachs geht ausschließlich auf die Einlagen von Privatpersonen zurück, die mit 3,8% gewachsen sind. Wie in den vergangenen Jahren erfolgten die Mittelzuflüsse bei den Sichteinlagen. Die Kundenkredite nahmen insgesamt um 3,2% zu, wobei der Anstieg bei den Unternehmenskrediten von 5,2% besonders deutlich war. Als wichtigste Ertragskomponente sank der Zinsüberschuss – bedingt durch das Niedrigzinsniveau – um 2,9%. Der Rückgang konnte durch den Anstieg des Provisionsüberschusses um 8,4% teilweise kompensiert werden. Der Verwaltungsaufwand ging vor allem durch den verringerten Sachaufwand um 0,8% zurück. Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag in 2017 mit 10,5 Mrd. € um 1,0% über dem Vorjahresniveau. Vor dem Hintergrund eines anhaltend günstigen Bewertungsergebnisses waren die Sparkassen in der Lage, 4,6 Mrd. € in die Vorsorgereserven zu überführen.

GESCHÄFTSVERLAUF UND DARSTELLUNG DER GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Insgesamt hat sich der Geschäftsverlauf der Stadtparkasse Wermelskirchen im Berichtsjahr günstig entwickelt. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 18,9 Mio. € bzw. 2,8%. Das Geschäftsvolumen stieg um 29,6 Mio. € bzw. 4,3%. Die Bilanzsummenerhöhung sowie die Ausweitung des Geschäftsvolumens sind vorrangig auf den Zuwachs der Kundenkredite und der Kundeneinlagen zurückzuführen. Den Geschäftsverlauf der Sparkasse im Jahr 2017 veranschaulicht die folgende Übersicht anhand einiger wesentlicher Daten:

	2015 Mio. €	2016 Mio. €	2017 Mio. €
Bilanzsumme	647,7	664,8	683,7
Eventualverbindlichkeiten	10,2	8,3	7,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	17,9	23,4	34,6
Geschäftsvolumen	675,8	696,5	726,1
Forderungen an Kunden			
Kredite und Darlehen	437,0	459,7	474,9
Treuhandkredite	7,0	6,8	4,6
Summe	444,0	466,5	479,5
Liquide Mittel			
Barreserve	11,9	9,5	9,5
Bankguthaben	15,4	6,1	9,0
Wertpapiere	165,3	171,2	172,4
Summe	192,6	186,8	190,9
Einlagen von Kunden			
Spareinlagen	210,1	208,2	201,0
Sparkassenbriefe	36,2	30,8	29,8
Giro- und Termineinlagen	224,7	238,9	269,0
Summe	471,0	477,9	499,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	43,3	48,5	42,9

Lagebericht

Zu den Geschäftsergebnissen im Einzelnen:

KREDITGESCHÄFT

Das Kreditgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden zeigte sich mit Neuzusagen an Privat- und Geschäftskunden im Berichtsjahr in Höhe von 107,6 Mio. € erneut dynamisch. Die Gesamtausleihungen einschließlich der Treuhandkredite stiegen zum Bilanzstichtag um 13,0 Mio. €. Den Schwerpunkt des Kreditgeschäftes stellen trotz eines jahresdurchschnittlichen Rückgangs von 5,3 Mio. € weiterhin die privaten Wohnungsbaukredite dar. Insgesamt reduzierten sich die Ausleihungen an Privatpersonen um 6,7 Mio. €, während die Forderungen an Geschäftskunden um 23,2 Mio. € zunahmen. Die größten Neugeschäftsimpulse kamen aus dem gewerblichen Kreditgeschäft mit Darlehenszusagen von 71,8 Mio. €.

EIGENANLAGEN

Der Bestand an Eigenanlagen der Sparkasse in Wertpapieren erhöhte sich um 1,2 Mio. € auf 172,4 Mio. €, wobei der Zuwachs auf den Ausbau der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere zurückzuführen ist. Der Wert der Fondsanlagen hat sich mit 42,0 Mio. € (-0,8 Mio. €) nur leicht verringert. Umwidmungen von Wertpapiereigenanlagen in das Anlagevermögen haben wir nicht durchgeführt.

BETEILIGUNGEN

Der Umfang der Beteiligungen blieb mit 8,4 Mio. € konstant.

KUNDENEINLAGEN

Die Kundeneinlagen erhöhten sich insgesamt um 21,9 Mio. € bzw. 4,6% auf 499,8 Mio. €. Wie im Vorjahr war ein kräftiger Zuwachs bei den täglich fälligen Einlagen (+31,5 Mio. €) auf 260,4 Mio. € zu verzeichnen. Hier „parkten“ die Kunden weiterhin erhebliche Beträge, um angesichts der Zinssituation flexibel zu bleiben. Der Bestand der Spareinlagen hat sich um 7,2 Mio. € auf 201,0 Mio. € verringert. Der Rückgang ist vor allem auf längerfristige Anlagen, die nach Fälligkeit in täglich fällige Einlagen überführt wurden, zurückzuführen. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus mieden Kunden weiterhin Festzinsprodukte wie Termineinlagen und Sparkassenbriefe. Hier reduzierten sich die Bestände um 1,4 Mio. € bzw. 1,0 Mio. € auf 8,7 Mio. € bzw. 29,8 Mio. €.

INTERBANKGESCHÄFT

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 2,9 Mio. € auf 9,0 Mio. €. Es handelt sich dabei um aus Liquiditätsgründen unterhaltene kurzfristig verfügbare Guthaben. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten waren zum Bilanzstichtag vollständig abgebaut. Die langfristigen Mittel, die der entsprechenden Refinanzierung des langfristigen Kreditgeschäftes dienen, reduzierten sich um 0,6 Mio. € auf 42,9 Mio. €. Das Interbankengeschäft spiegelt die kurzfristige Liquiditätsdisposition der Sparkasse wider. Bestandsschwankungen insbesondere der täglich fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten sind daher stichtagsbedingt.

NICHT BILANZWIRKSAMES KUNDENGESCHÄFT

Die Wertpapierumsätze stiegen um 39,5% von 34,0 Mio. € auf 47,4 Mio. €. Der Bestand der von der Sparkasse vermittelten Wertpapiere betrug insgesamt 111,7 Mio. € nach 98,2 Mio. € im Vorjahr. Das Wertpapiergeschäft konnte damit nennenswert ausgebaut werden.

Das Vermittlungsgeschäft von Produkten der Verbundpartner der S-Finanzgruppe hat sich dagegen insgesamt rückläufig entwickelt.

Lagebericht

RÜCKLAGEN

Aus dem Gewinn der Sparkasse wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB 3,7 Mio. € zugeführt, der damit einen Bestand von 90,5 Mio. € ausweist. Der Bilanzgewinn des Vorjahres von 0,1 Mio. € wurde in die Sicherheitsrücklage eingestellt, die somit 34,9 Mio. € beträgt. Insgesamt betragen die bilanziellen Rücklagen nunmehr 125,4 Mio. € (+3,8 Mio. €).

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Der für die Gesamrentabilität entscheidende Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Beteiligungen hat sich um 0,3 Mio. € oder 2,0% auf 13,8 Mio. € vermindert. Der Rückgang resultiert aus einem stärkeren Rückgang der Zinserträge im Vergleich zum Rückgang der Zinsaufwendungen. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen im Kundengeschäft verringerten sich trotz gestiegener Einlagen- und Kreditvolumina. Hier machte sich das extrem niedrige Zinsniveau bemerkbar. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um 0,3 Mio. € (+6,5%) auf 4,9 Mio. € und stellte sich besser als erwartet dar. Die Mehreinnahmen entfallen vor allem auf den Giroverkehr und das Wertpapiergeschäft.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen verminderten sich um 1,1 Mio. € auf 10,2 Mio. €. Der Rückgang entfällt sowohl auf den Personalaufwand (-6,7%) als auch auf die weiteren Verwaltungsaufwendungen (-15,8%). Für die Reduzierung des Personalaufwands sind einerseits Sondereffekte des Jahres 2016 als auch der Abbau von Stellen ursächlich. Der geringere Sachaufwand ist ebenfalls in Sondereffekten im vorletzten Geschäftsjahr begründet. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen haben sich damit günstiger entwickelt als im Vorjahr prognostiziert. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen lagen mit 0,3 Mio. € um 0,2 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres.

Insgesamt lagen die Erträge (Gewinn- und Verlustrechnung, Positionen 1 bis 9) mit 19,1 Mio. € um 0,5 Mio. € bzw. 2,4% unter dem Niveau des Vorjahres. Der Geschäftsaufwand (Gewinn- und Verlustrechnung, Positionen 10 bis 12) sank um 0,9 Mio. € bzw. 7,5% auf 11,4 Mio. €.

Die Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere betrugen (nach Verrechnung mit Erträgen) 0,3 Mio. € (Vorjahr saldierte Erträge 0,8 Mio. €). Das Bewertungsergebnis wurde hauptsächlich von der Erhöhung der Einzelwertberichtigungen bestimmt. Insbesondere das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft war günstiger als zu Beginn des Jahres erwartet wurde. Die Bewertung von Beteiligungen hatte keine nennenswerte Auswirkung auf das Jahresergebnis.

Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute betrieb die Sparkasse zusätzliche Risikovorsorge durch die weitere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 3,7 Mio. € (Vorjahr 5,4 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2017 hat sich die Ertragslage der Sparkasse insgesamt auf einem guten Niveau gehalten. Die Ertragssituation wird auch anhand der wichtigsten Rentabilitätskennzahlen deutlich.

Kennzahl ¹	2015	2016	2017
Zinsspanne in % der DBS ²	2,12	1,98	1,86
Provisionsüberschuss in % der DBS	0,65	0,69	0,72
Verwaltungskosten in % der DBS	1,66	1,70	1,50
Cost-Income-Ratio ³ in %	61	59	56

Auf Basis des bundeseinheitlichen Betriebsvergleichs der Sparkassenorganisation betrugen der Zinsüberschuss der Stadtparkasse Wermelskirchen 1,91% der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS), der Provisionsüberschuss 0,74% und der Verwaltungsaufwand 1,50% der DBS.

¹ Datenbasis: Gewinn- und Verlustrechnung, Abweichungen zum Betriebsvergleich der Sparkassen sind konzeptionell bedingt

² Durchschnittliche Bilanzsumme (2015: 657,9 Mio. €; 2016: 664,6 Mio. €; 2017: 680,7 Mio. €)

³ Aufwand/Ertrag-Relation: Aufwand pro 100 € Ertrag

Lagebericht

Der Steueraufwand lag mit 2,7 Mio. € um 0,2 Mio. € über dem Vorjahr. Vom Steueraufwand entfallen 0,3 Mio. € auf Vorjahre. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 1,0 Mio. € und liegt damit um 0,9 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2017 beträgt 0,15% (Vorjahr 0,02%).

Die Rentabilität der Sparkasse ist damit – auch im Vergleich mit Sparkassen ähnlicher Größe – als gut zu bezeichnen. Das Ergebnis ermöglicht eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung.

FINANZLAGE

Der Sparkasse standen Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba zur Verfügung. Über das Offenmarktsystem der EZB hat die Sparkasse keine Refinanzierungsmittel aufgenommen. Die täglich verfügbaren Anlagen bei Kreditinstituten wurden aufgrund deren Unverzinslichkeit bzw. negativer Verzinsung zurückgeführt. Die Anforderungen gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Liquidität der Institute (LiqV) wurden eingehalten. Für die Sparkasse ergab sich zum Jahresende eine Liquiditätskennzahl von 1,6 (Vorjahr 1,7). Sie liegt damit deutlich über dem gesetzlich geforderten Mindestwert von 1,0. Im Jahresverlauf bewegte sie sich zwischen 1,6 und 1,8. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Die Liquiditätsdeckungsquote (LCR) lag mit einem Wert von 191% ebenfalls deutlich über dem bis Ende 2017 zu erfüllenden Mindestwert von 80%. Im Jahresverlauf bewegte sie sich zwischen 155% und 272%. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr durch eine planvolle und ausgewogene Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Alle Zahlungsverpflichtungen wurden erfüllt. Angaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken enthält der Abschnitt LIQUIDITÄTSRISIKEN im CHANCEN- UND RISIKOBERICHT.

VERMÖGENSLAGE

Zum 31.12.2017 betrug die Sicherheitsrücklage 34,9 Mio. € (Vorjahr: 34,8 Mio. €). Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weiteres umfangreiches Eigenkapital in Form des Fonds für allgemeine Bankrisiken, der im Berichtsjahr um 3,7 Mio. € auf 90,5 Mio. € aufgestockt wurde. Im Verhältnis zur Bilanzsumme beträgt das bilanzielle Eigenkapital zum 31.12.2017 5,1% (Vorjahr: 5,2%), unter Berücksichtigung des Fonds für allgemeine Bankrisiken 18,3% (Vorjahr: 18,3%). Die Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 Abs. 2 CRR beträgt 27,8% (Vorjahr: 27,1%). Im Jahresverlauf bewegte sie sich zwischen 26,4% und 27,8%. Die Kernkapitalquote betrug zum 31.12.2017 26,9% (Vorjahr 26,2%). Damit überschreitet dieser Wert den vom Gesetzgeber bis Ende 2017 vorgeschriebenen Mindestwert von 9,25% (einschließlich Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10c KWG) sehr deutlich. Die Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung, auch unter Berücksichtigung zukünftig steigender Eigenmittelanforderungen, ist somit gegeben.

Die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Wermelskirchen ist trotz des rückläufigen Zinsüberschusses somit zusammenfassend als gut zu bezeichnen.

NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum Jahresende beschäftigte die Sparkasse insgesamt

112 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
davon 70 vollzeitbeschäftigte und
32 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie
10 Auszubildende.

Fünf Auszubildende beendeten erfolgreich ihre Ausbildung zur Bankkauffrau/zum Bankkaufmann. Im Jahr 2017 stellte die Sparkasse drei neue Auszubildende ein.

Lagebericht

SPENDEN UND BÜRGERSTIFTUNG

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen und ihre Bürgerstiftung haben im vergangenen Jahr kulturelle, soziale und sportliche Aktivitäten mit insgesamt rund 19 Tsd. € (Vorjahr: 45 Tsd. €), davon rund 17 Tsd. € (Vorjahr: 44 Tsd. €) aus Mitteln der Stiftung, unterstützt und gefördert. Das Stiftungskapital beläuft sich unverändert auf 5 Mio. €. Aus den Lotterieanteilen des PS-Sparens konnte die Sparkasse gemeinnützige Projekte und Initiativen in Wermelskirchen mit 78 Tsd. € unterstützen.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

RISIKOMANAGEMENTZIELE UND –SYSTEM

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernaufgaben von Kreditinstituten. Als wesentliche Risiken hat die Sparkasse das Adressenausfall-, das Marktpreis-, das Liquiditäts-, das operationelle sowie das Beteiligungsrisiko eingestuft. Diese Risiken haben unmittelbar Auswirkung auf die Rentabilität sowie die Vermögens- und Liquiditätssituation der Sparkasse. Neben der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung ist ebenfalls die Beachtung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen Gegenstand des Risikomanagements.

Voraussetzungen für die Steuerung und Messung der Risiken sind eine ausgeprägte aufbauorganisatorische Funktionstrennung zwischen den Marktbereichen, der Marktfolge und den einbezogenen Stabsbereichen sowie ein prozessintegriertes internes Kontrollsystem. Durch eine dem Risikogehalt der Geschäfte angepasste Organisationsstruktur und mit der Umsetzung der von der Bankenaufsicht erlassenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement werden die Risiken angemessen gesteuert. Mess- und Kontrollmechanismen sind hierbei von den ausführenden Marktbereichen organisatorisch getrennt.

Die Risikocontrollingfunktion obliegt dem Leiter der Abteilung Unternehmenssteuerung. Er ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und an allen Entscheidungen gemäß AT 4.4.1 Tz. 2 MaRisk zu beteiligen. Darüber hinaus ist eine Beteiligung bei allen Beschlüssen, die grundlegende Auswirkungen auf das Risikoprofil der Sparkasse haben, erforderlich. Risikoüberwachende Organisationseinheiten sind die Abteilung Unternehmenssteuerung sowie für den Bereich des Adressenausfallrisikos im Kundengeschäft auf Einzelkundenebene die Abteilung Kreditrisikomanagement. Darüber hinaus überwacht die Interne Revision unabhängig von den einzelnen Geschäftsbereichen alle relevanten Risiken. Die Risikosteuerung erfolgt im Wesentlichen durch den Vorstand auf der Grundlage regelmäßiger Risikoberichte der risikoüberwachenden Abteilungen. Als effektive Steuerungshandlungen betrachtet die Sparkasse darüber hinaus die intensive Bearbeitung ausfallgefährdeter Kreditengagements sowie präventive Maßnahmen der Abteilung Kreditrisikomanagement. Neben der Berichterstattung durch marktunabhängige Organisationseinheiten prüft die Interne Revision das Risikomanagementsystem und informiert den Vorstand direkt über ihre Prüfungsergebnisse.

Basierend auf einer vierteljährlichen Risikotragfähigkeitsberechnung betrachtet die Sparkasse bei der Risikosteuerung zwei Szenarien. Das „erwartete Risiko“ ist dabei ein Szenario, das aufgrund von Erfahrungswerten und/oder mathematisch-statistischen Analysen erwartet wird, wenn keine außergewöhnlichen externen oder internen Ereignisse eintreten. Das „unerwartete Risiko“ ist ein Szenario, das bei unerwarteten, aber möglichen externen oder internen Ereignissen eintreten kann.

Das Risikoprofil der Sparkasse leitet sich aus der in der Geschäfts- und Risikostrategie beschriebenen Geschäftsstruktur sowie der dort definierten Risikotoleranz der Geschäftsleitung ab. Die Risikotoleranz wird in Form von Risikolimiten, welche am Vermögen der Sparkasse orientiert sind, quantifiziert. Der Gesamtumfang der Risikolimite ist so bemessen, dass im Rahmen des Going-Concern-Ansatzes nach Vollauslastung der Limite ausreichende Risikopuffer verbleiben. Mit den Risikolimiten deckt die Sparkasse die erwarteten und unerwarteten Risiken in der periodischen Sichtweise 12 Monate rollierend ab. Risiken werden aggregiert dargestellt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Neben den Standard-Szenarien „erwartetes Risiko“ und „unerwartetes Risiko“ werden weitere Stressszenarien simuliert, die teilweise risikoartenübergreifende Faktoren berücksichtigen, teilweise nur für einzelne Risikoarten durchgeführt werden. Der Vorstand und der Verwaltungsrat werden in vierteljährlichen Berichten über die Gesamtrisikolage informiert.

Lagebericht

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und der Wirksamkeit von Risikoüberwachungssystemen verfügt die Sparkasse über entsprechende Notfallkonzepte. Die Sparkasse verzichtet auf den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten zur Absicherung von Risiken.

Die Risikomessverfahren entsprechen den gängigen Standards und richten sich im Rahmen der Proportionalität am Risikogehalt der Positionen aus. Die Verfahren sind geeignet, die Risikotragfähigkeit auch in einem Going-Concern-Ansatz nachhaltig sicherzustellen. Die beschriebenen Risikoziele werden durch die eingesetzten Verfahren messbar, transparent und überprüfbar. Sie passen zur Geschäftsstrategie der Sparkasse. Folglich erachten wir unser Risikomanagementverfahren als angemessen und wirksam.

ADRESSENAUSFALLRISIKEN

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsverschlechterungen oder des Ausfalls einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Das Ausfallrisiko betrifft sowohl bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten, Wertpapieren und Beteiligungen als auch ggf. nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche, beispielsweise aus derivativen Finanzinstrumenten. Angaben zum Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen enthält der Abschnitt BETEILIGUNGSRISIKEN.

Eine Limitierung der Adressenausfallrisiken erfolgt im Kreditgeschäft zunächst durch die Festlegung der Kredithöchstgrenze je Kreditnehmer. Darüber hinaus ist bei Wertpapiereigenanlagen der Erwerb einzelner Wertpapiergattungen durch Limite eingeschränkt. Das Adressenausfallrisiko bei Wertpapieren spiegelt sich nach unserer Einschätzung grundsätzlich im Kurs wider. Adressenausfall- und Kursrisiken aus Wertpapiergeschäften werden unter den Marktpreisrisiken zusammengefasst (siehe unter MARKTPREISRISIKEN).

Wir begrenzen das Adressenausfallrisiko durch eine sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner. Ferner werden die wesentlichen Engagements laufend hinsichtlich ihrer Bonitätsentwicklung analysiert, wobei die Sparkasse bei Kreditengagements verschiedene interne Ratingverfahren einsetzt. Der Vorstand wird in einem vierteljährlichen Risikoreport über die Entwicklung der Kreditrisiken sowie die Auslastung der Limite informiert. Für das Kundengeschäft erfolgt ergänzend der Einsatz des periodisch ausgerichteten Kreditportfoliomodells CPV Kompakt. CPV Kompakt simuliert die erwarteten und unerwarteten Verluste mittels einer Value-at-Risk-Berechnung auf einem 99%igen Konfidenzniveau und einer 250tägigen Haltedauer. Bei wesentlichen Veränderungen der Risikolage erfolgt die Unterrichtung der Geschäftsleitung kurzfristig im Rahmen der ad-hoc-Berichterstattung. Die Risiken aus Geldmarktgeschäften sind durch volumenbezogene Limite begrenzt.

Die Ermittlung der Risikovorsorge erfolgt gemäß den handelsrechtlichen Vorgaben. Die Entscheidung zur Bildung von Risikovorsorge basiert auf der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der nachhaltigen Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers. Bei der Höhe der im Einzelfall zu bildenden Wertberichtigung orientiert sich die Sparkasse an dem nicht durch Sicherheiten gedeckten Forderungsteil. Diesbezüglich erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten hinsichtlich ihres voraussichtlichen Realisationswertes. Die Geschäftsprozesse im Zusammenhang mit der Bildung von Risikovorsorge sowie ihre kompetenzgerechte Genehmigung sind in einer Arbeitsanweisung geregelt. Die Kreditengagements werden anlassbezogen dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Die Risikovorsorge für bereits wertberichtigte Kreditengagements wird monatlich überprüft und ggf. angepasst. Der Gesamtvorstand wird ab einem erkannten Risikovorsorgebedarf von 50 Tsd. € sofort informiert. Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben.

Die positive konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2017 hat tendenziell zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation vieler Kreditnehmer geführt. Nach dem Urteil der Internen Revision sind die erkannten Risiken durch entsprechende Wertberichtigungen auf Forderungen ausreichend gedeckt.

Lagebericht

Das Kreditportfolio der Sparkasse einschließlich der Beteiligungen und offener Zusagen setzt sich aus folgenden Kreditnehmerarten zusammen:

Kreditnehmer / Kreditart	Anteil in %
Inländische Privatpersonen	28,5
Inländische Unternehmen / Selbstständige	45,4
Ausländische Kunden	0,5
Öffentliche Haushalte	1,6
Wertpapiere	22,9
Beteiligungen	1,1

Die Branchenverteilung der Kreditnehmergruppe Unternehmen / Selbstständige:

Branche	Anteil in %
Land- und Forstwirtschaft	1,1
Energie- und Wasserversorgung	3,3
Verarbeitendes Gewerbe	11,2
Baugewerbe	10,9
Handel und Instandhaltung	11,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	8,9
Gastgewerbe	1,5
Dienstleistungen für Unternehmen	14,9
Beratung, Planung, Sicherheit	6,0
Öffentliche und private Dienstleistungen	1,8
Gesundheit und Soziales	3,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	21,4
Bauträger	2,4
Organisationen ohne Erwerbszweck	0,6
Sonstiges (z.B. Privatisers / Rentiers)	0,0

Zur bonitätsmäßigen Klassifizierung der Kundenkredite verwendet die Sparkasse vorrangig die Ratingverfahren der S-Finanzgruppe: Sparkassen-Standardrating, Immobiliengeschäfts-Rating, Kunden-Kompakt-Rating sowie Landesbankenratings und Kundenscoring. Der Kundenkreditbestand verteilt sich auf die Ratingklassen wie folgt:

Ratingklassen	Anteil in %*	
	2017	2016
1 – 6	69,4	70,1
7 - 12	26,0	24,6
13 – 15	2,4	3,3
16 - 18	2,2	2,0

*bezogen auf das geratete Kreditvolumen

Knapp 40% des Kundenkreditportfolios entfällt auf Privatpersonen. Ferner wurde mehr als die Hälfte der Kundenkredite für Zwecke des Wohnungsbaus vergeben. Bei den gewerblichen Krediten liegt eine ausgewogene Branchenverteilung vor. Der auf dem Dienstleistungssektor liegende Schwerpunkt weist aufgrund einer weitergehenden Diversifizierung innerhalb der Hauptbranche kein signifikantes Konzentrationsrisiko auf. Die innerhalb des Dienstleistungssektors bedeutende Branche Grundstücks- und Wohnungswesen ist auf Grundlage der analysierten Bonitäts- und Granularitätsstruktur ebenfalls nicht mit einem nennenswerten Konzentrationsrisiko behaftet. Der Anteil der mit bonitäts-schwachen Ratings eingestuft Kreditnehmer ist als moderat zu bezeichnen. Nennenswerte Verschlechterungen der Risikolage sind aus der Ratingstruktur nicht abzuleiten. Strukturelle Risiken des Kreditgeschäftes sind daher aktuell und zukünftig als niedrig einzustufen. Mit Blick auf die einzelnen Kreditengagements erwarten wir für das laufende Jahr einen moderaten Bewertungsaufwand.

Lagebericht

Für Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft bestand ein Limit von 11,0 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 20% des Risikodeckungspotenzials und ca. 40% der Gesamtlime aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten. Bezogen auf das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft sind ebenfalls keine erhöhten Risiken zu erkennen.

Zur bonitätsmäßigen Klassifizierung der Wertpapiere des Eigengeschäftes verwendet die Sparkasse die Ratingverfahren von Standard & Poors (S&P). Der Wertpapierbestand verteilt sich auf die Ratingklassen wie folgt:

Ratingklassen	Anteil in %*	
	2017	2016
AAA – A	91,1	83,8
BBB	0,9	0,9
BB und schlechter	0,0	5,8
ohne Rating	8,0	9,5

*bezogen auf den gesamten Wertpapiereigenbestand

Die Anlagen ohne Rating setzen sich hauptsächlich aus drei vornehmlich in Europa investierenden Immobilienfonds zusammen.

Die Ausfallrisiken im Wertpapiersektor sind durch die in den Vorjahren durchgeführten Bewertungsmaßnahmen abgesichert. Die Ratings deuten nicht auf nennenswerte Ausfallrisiken hin. In Anleihen von Emittenten aus wirtschaftlich schwachen Staaten des Euro-Währungsraumes ist die Sparkasse nicht engagiert. Die Limitierung der Ausfallrisiken von Wertpapieren in Form von Bonitäts- und Spreadrisiken sowie die Risikoberichterstattung erfolgen im Rahmen der Marktpreisrisiken (siehe Abschnitt MARKTPREISRIKEN).

MARKTPREISRIKEN

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus der Veränderung der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen des Zinsniveaus und aus den daraus resultierenden Preisveränderungen ergeben. Zusätzliche Marktrisiken liegen in Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist. Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungsstichtag 31. Dezember zu Abschreibungen oder am Realisationstag zu realisierten Verlusten führen. Wesentliche und einer Limitierung unterliegende Marktpreisrisiken der Sparkasse sind das Kursrisiko und das Zinsänderungsrisiko. Ferner können Sachwerte wie Immobilien und Sicherungsgüter von Marktpreisrisiken betroffen sein.

Für den Wertpapierbereich werden zur Ermittlung des erwarteten Marktpreisrisikos Abschreibungen und für verzinsliche Wertpapiere erwartete Kursrückgänge auf Grund des Pull-to-par-Effektes sowie das Bonitätsrisiko angesetzt. Das erwartete Abschreibungsrisiko ergibt sich auf Basis der Tageskurse des Bewertungsstichtages aus der Anwendung SimCorp Dimension (SCD). Für Fondsinvestments erfolgt die Ermittlung des erwarteten Verlustes auf Basis des Rücknahmepreises bzw. des Börsenkurses aus SCD. Die Ermittlung des Bonitätsrisikos erfolgt unter Verwendung ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Der Gesamtwert aus Kurs-, Spread- und Bonitätsrisiko nach Durchführung eines Ratingschifts sowie dem bei der Rückgabe von Fondsanteilen ggf. anfallenden Rücknahmeabschlag ergeben – vermindert um den Wert des erwarteten Risikos – das unerwartete Risiko. Die Quantifizierung des Kursrisikos erfolgt mittels einer Value-at-Risk-Berechnung auf einem 99%igen Konfidenzniveau, einem 500tägigen Betrachtungszeitraum und einer 63tägigen Haltedauer in SCD. Die Ermittlung des Spreadrisikos erfolgt ratingbasiert mittels der Anwendung SCD. Für den Spezialfonds erfolgt die Risikoberechnung auf Basis der einzelnen im Fondsvermögen enthaltenen Wertpapiere (Durchschauprinzip). Die im Bestand befindlichen Immobilienfonds werden auf Basis der Fondspreisgeschichte in die Value-at-Risk-Berechnung einbezogen. Die Ergebnisse der Risikoprognosen aus SCD werden einer regelmäßigen Plausibilitätskontrolle unterzogen. Zusätzlich hat die Sparkasse im Rahmen ihrer Geschäfts- und Risikostrategie volumenbezogene bzw. prozentuale Limite für Wertpapiere festgelegt, über deren Auslastung der Geschäftsleitung monatlich berichtet wird. Der Vorstand wird innerhalb der vierteljährlichen Gesamtrisikoberichterstattung sowie einer gesonderten monatlichen Risikoberichterstattung über die Marktpreisrisiken sowie die Auslastung der Limite informiert.

Lagebericht

Das Zinsänderungsrisiko wird vorrangig im Hinblick auf die Auswirkung auf die Zinsspanne untersucht. Es umfasst das Festzinsrisiko und das variable Zinsänderungsrisiko. Das Festzinsrisiko betrifft offene Festzinspositionen, denen keine fristenkongruente festverzinsliche Refinanzierung gegenübersteht. Insbesondere bei großen Festzinsblöcken auf Aktiv- und Passivseite mit unterschiedlichen zeitlichen Strukturen kann das Festzinsrisiko erhebliche Auswirkungen auf den Zinsüberschuss und die Zinsspanne haben. Das variable Zinsänderungsrisiko kennzeichnet die Gefahr, dass die Zinsspanne variabel verzinslicher Geschäfte bei Marktzinsänderungen aufgrund unterschiedlicher Zinsanpassungselastizitäten auf der Aktiv- und Passivseite sinkt. Das Zinsänderungsrisiko wird vierteljährlich überwacht.

In vierteljährlichen Prognoserechnungen, die unterschiedliche Zins- und Bestandsszenarien umfassen, wird das periodische Zinsänderungsrisiko berechnet und der Geschäftsleitung zur Kenntnis gegeben. Ergänzend misst die Sparkasse die Zinsänderungsrisiken barwertig. Die Sparkasse steuert das Zinsänderungsrisiko durch einzelne bilanzielle Maßnahmen.

Bewertungsmaßnahmen betrafen im Jahr 2017 verschiedene Einzelwerte der Sparkasse. Die Bewertungsmaßnahmen bei Schuldverschreibungen waren überwiegend zinsinduziert und fielen gegenüber dem Vorjahr geringer aus. Das Bewertungsergebnis fiel insgesamt schwächer als im Vorjahr aus und war leicht negativ. Die weiterhin anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten können sich zukünftig erneut negativ auf die Risiko- und Liquiditätsabschläge bei den Wertpapierkursen einzelner Gattungen oder Emittenten auswirken. Aufgrund der Struktur des Wertpapierportfolios und der Emittentenauswahl bestehen aus Sicht der Sparkasse derzeit keine hohen Kursrisiken. Das zum Jahresanfang bestehende Limit für Marktpreisrisiken betrug 20,0 Mio. € und wurde unterjährig auf 11,0 Mio. € verringert. Das Limit beträgt ca. 20% des Risikodeckungspotenzials und ca. 40% der Gesamtlimite aller Risikokategorien. Limitüberschreitungen ergaben sich nicht.

Eine bedeutende Beeinträchtigung der Ertragslage durch Zinsänderungsrisiken ist in der einjährigen Risikotragfähigkeitssicht aufgrund der Zinsbindungs- und Laufzeitstruktur nicht zu erwarten. Die Zinsspannenrisiken haben sich im Berichtsjahr für die regulären und Zinsschockszenarien dennoch erhöht. Auf Grundlage des aufsichtsrechtlich vorgegebenen 200-Basispunkte-Zinsschocks ist die Sparkasse ein Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Um Ertragschancen zu nutzen wird ein erhöhtes Zinsänderungsrisiko vor dem Hintergrund der insgesamt günstigen Risikolage bewusst eingegangen. Für Zinsspannenrisiken bestand ein Limit von 1,2 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 2% des Risikodeckungspotenzials und 4% der Gesamtlimite aller Risikokategorien. Ab dem 30.09.2017 war in einem Zinsszenario eine Limitüberschreitung zu verzeichnen. Risikoreduzierende Maßnahmen wurden erörtert, waren b.a.w. aber nicht erforderlich. Das Limit wurde zum 01.01.2018 entsprechend angepasst.

LIQUIDITÄTSRISIKEN

Unter dem Liquiditätsrisiko wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass ein Kreditinstitut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Als wesentliche Teilrisiken hat die Sparkasse das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Refinanzierungsrisiko eingestuft, wobei auf eine betragliche Quantifizierung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos aus methodischen Gründen verzichtet wird. Das Refinanzierungsrisiko bezeichnet das Risiko erhöhter Refinanzierungskosten.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird durch eine tägliche Disposition der liquiden Mittel, eine hohe Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva gesteuert. Zudem wird auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz vor dem Hintergrund von verschiedenen Szenarien die Survival Period berechnet. Hinweise auf einen kurzfristig bevorstehenden Liquiditätsengpass konnten daraus nicht gewonnen werden. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl lag wie im Vorjahr über den Anforderungen, ebenso die zu berechnende Liquiditätsdeckungsquote. Der Vorstand wird monatlich über die Kennzahlen informiert.

Die Quantifizierung des Refinanzierungsrisikos erfolgt auf Basis von Szenariorechnungen, die aus Sicht der Sparkasse verschlechterte Marktbedingungen (erhöhte Refinanzierungskosten) sowie einen unerwartet hohen Einlagenabfluss darstellen. Das Limit für Liquiditätsrisiken betrug 2,5 Mio. €. Es beträgt ca. 5% des Risikodeckungspotenzials und 9% der Gesamtlimite. Limitüberschreitungen ergaben sich nicht. Refinanzierungsrisiken werden im Rahmen der vierteljährlichen Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Lagebericht

Neben den täglich verfügbaren Mitteln verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere liquide Mittel in Form von Anlagen bei anderen Kreditinstituten und Wertpapieren, durch die die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt ist. Refinanzierungsquellen sind vorrangig die Kundeneinlagen. Daneben bestehen Refinanzierungsmöglichkeiten über Kreditinstitute. Ferner existiert über Offenermarktgeschäfte die Möglichkeit zur Kreditaufnahme bei der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank.

Zum 31.12.2017 lag folgende Refinanzierungsstruktur vor:

Refinanzierungsinstrument	Anteil in %
Kundeneinlagen	92,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7,9
Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bundesbank / EZB	0,0

Das Liquiditätsrisiko stellt sich unverändert günstig dar. Weder die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen noch die Survival Period deuten auf einen Liquiditätsengpass hin. Für den größten Teil des Wertpapierportfolios sehen wir die kurzfristige Liquidierbarkeit als gegeben. Umwidmungen in das Anlagevermögen haben wir nicht durchgeführt. Risikobegrenzende Maßnahmen sind derzeit nicht geplant.

OPERATIONELLE RISIKEN

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen, Rechtsrisiken sowie externer Ereignisse.

Die Risikoerkennung erfolgt durch die Analyse von Fehlern in Arbeitsergebnissen sowie von Systemfehlern und -ausfällen der Datenverarbeitungs- und Informationstechnik. Zielrichtung von Schutzmaßnahmen sind insbesondere die Vermeidung von Ausfällen von Software-, Hardware- und Netzwerkkomponenten, die Datensicherung, der Schutz vor unberechtigten Zugriffen sowie der Schutz von vertraulichen Informationen. Den speziellen Risiken der Datenverarbeitungs- und Informationstechnik haben wir durch Verabschiedung einer Informations-Sicherheitsleitlinie sowie mit der Bestellung eines Informations-Sicherheitsbeauftragten Rechnung getragen.

Darüber hinaus werden die operationellen Risiken im Bereich der internen Prozesse durch die Vorgabe standardisierter Abläufe in Arbeitsanweisungen begrenzt. Juristische Risiken sollen durch die Verwendung von rechtlich geprüften Vertragsformularen vermieden werden.

Schlagend gewordene operationelle Risiken mit Auswirkungen auf die Ertragslage werden datenbankgestützt analysiert. Ferner wird zur Bestimmung des operationellen Risikos eine auf der Risikoinventur basierende Szenarioanalyse herangezogen. Zur Ermittlung des Risikos wird das Jahresverlustpotenzial aus der Szenarioanalyse in Verbindung mit der (unterjährig) aufgelaufenen Jahresbruttosumme der in der Schadensfalldatenbank erfassten Schadensfälle angesetzt. Der Vorstand wird im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichterstattung über die Entwicklung der operationellen Risiken informiert.

Im Berichtszeitraum sind keine wesentlichen durch operationelle Risiken begründeten Feststellungen getroffen worden. Hinweise auf Mängel im internen Kontrollsystem liegen nicht vor. Die Ergebnisse der Risikoinventur deuten nicht auf nennenswerte Risiken hin. Die Gefahr, dass operationelle Risiken die Ertrags- und Vermögenslage erheblich beeinträchtigen können, sehen wir derzeit nicht.

Die Risikolage hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Für operationelle Risiken bestand ein Limit von 1,6 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 3% des Risikodeckungspotenzials und ca. 6% der Gesamtlime aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten.

BETEILIGUNGSRISIKEN

Beteiligungen geht die Sparkasse fast ausschließlich im Rahmen von Gemeinschaftsaufgaben der Sparkassen-Finanzgruppe, sowie in geringem Umfang aus Gründen der regionalen Wirtschaftsförde-

Lagebericht

rung ein. Die gezielte Übernahme von Adressausfallrisiken in Form kreditnaher oder kreditsubstituierender Beteiligungen ist nicht Gegenstand der Geschäftspolitik der Sparkasse. Risiken bestehen im Zusammenhang mit der handelsrechtlichen Bewertung der Beteiligungsunternehmen. Im Rahmen der internen Risikoberichterstattung verzichtet die Sparkasse auf eine Limitierung, da der Gesamtbuchwert der Beteiligungen vom Risikodeckungspotenzial abgesetzt wird.

SONSTIGE RISIKEN

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u.a. der RSGV) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seines Anteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2017 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden. Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV im Jahr 2009 (0,42%) aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko hat die Sparkasse in den Vorjahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge gebildet.

Über das vorgenannte Risiko hinausgehende sonstige Risiken von Bedeutung für die Ertrags- und Risikolage sind nach unserer Einschätzung derzeit nicht erkennbar.

GESAMTWERTUNG DER RISIKOLAGE

Nach den genannten Risikocontrollingberichten sowie den Erkenntnissen der Internen Revision sind die Risiken aus dem Geschäftsbetrieb der Sparkasse als moderat einzustufen. Alle Risikolimits wurden bis auf die unter MARKTPREISRISIKEN dargestellte Überschreitung eingehalten.

Größte Risikotreiber der Sparkasse sind das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft sowie die Marktpreisrisiken aus eigenen Wertpapieren.

Durch die frühzeitige intensive Begleitung der Kreditnehmer konnten die Wertkorrekturen im Kundenkreditgeschäft in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden. Die insgesamt gute Risikolage führte dazu, dass das Bewertungsergebnis im mehrjährigen Zeitvergleich unterdurchschnittlich war. Die wesentlichen Risikoindikatoren einschließlich der konjunkturellen Erwartungen deuten auf eine in etwa gleich bleibende Risikolage hin.

Die Marktpreisrisiken können im laufenden Jahr angesichts aktueller geopolitischer Entwicklungen sowie durch ein Wiederaufleben der europäischen Schuldenkrise zunehmen. Diese Szenarien werden von der Sparkasse weiterhin als eher unwahrscheinlich eingestuft. Damit ist vorerst nicht von möglichen höheren Bonitäts- und Liquiditätsabschlägen einzelner Emittenten und Gattungen auszugehen. Sollte sich der Trend zu steigenden Zinsen am Kapitalmarkt fortsetzen, sind zinsinduzierte Kursabschläge zu erwarten. Das trotz Zinserhöhungen weiterhin bestehende Niedrigzinsniveau wird sich weiterhin ungünstig auf die Erträge aus dem zinsgebundenen Kunden- und Eigengeschäft auswirken.

Die finanziellen Auswirkungen operationeller Risiken betrachtet die Sparkasse als untergeordnet. Ebenso sind keine Anzeichen erkennbar, die das Liquiditätsrisiko nennenswert erhöhen.

Generell bietet der Verzicht auf komplexe Geschäftsstrukturen sowie die gute Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse ausreichenden Schutz vor möglichen bestandsgefährdenden Risiken. Darüber hinaus hat die Sparkasse aufgrund ihrer guten Risikotragfähigkeit die Möglichkeit, Risiken in einem vertretbaren Umfang bewusst einzugehen.

Lagebericht

PROGNOSEBERICHT

Die folgenden Einschätzungen betreffen das Geschäftsjahr 2018 und haben Prognosecharakter. Daher können die tatsächlich in der Zukunft eintretenden Ereignisse von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Annahmen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Aus dem vorangegangenen Abschnitt CHANCEN- UND RISIKOBERICHT ist zu entnehmen, dass die Sparkasse über angemessene Instrumente und Prozesse verfügt, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

Im Kreditgeschäft streben wir neue Ausleihungen sowohl durch den Ausbau des Bestandsgeschäftes als auch durch die Akquisition von Neukunden an. Wir erwarten eine Bestandsentwicklung auf dem aktuellen Niveau.

Die strukturierte, am unmittelbaren Bedarf unserer Kunden orientierte Beratung der Sparkasse bleibt zentrales Element der Kundenbindung. Auf der Einlagenseite muss die Sparkasse weiter mit einem deutlichen Zuwachs an täglich fälligen Einlagen rechnen, wobei hohe Sichteinlagenzuwächse sowie ein Zugang von großen täglich fälligen Einzeleinlagen aufgrund der Zinssituation zu einer Belastung für die Ertragslage werden können sowie Herausforderungen an die Steuerung des Zinsänderungs- und Liquiditätsrisikos stellen. Insgesamt rechnen wir mit einer Einlagenentwicklung auf dem aktuellen Niveau, wobei zu berücksichtigen ist, dass ein Schwerpunkt unserer Anlageberatung der Ausbau von bilanzneutralen Produktlösungen unserer Verbundpartner darstellt.

Je nach Umfang des Einlagenzuwachses wird sich auch das Eigengeschäft entsprechend entwickeln. Es ist davon auszugehen, dass die Bilanzsumme bis Ende 2018 gegenüber dem Jahresabschluss 2017 stabil bleiben wird.

Die Entwicklung der Zinsspanne wird maßgeblich von der Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen geprägt sein. In unserer Geschäftsplanung gehen wir im Prognosezeitraum für den Geldmarkt von einem anhaltend niedrigen bzw. negativen Zinsniveau aus. Am Kapitalmarkt werden die Sätze geringfügig oberhalb des Niveaus von 2017 liegen. Diese Entwicklung wird zu einer weiteren Belastung des Zinsüberschusses führen, der voraussichtlich deutlich unter dem Ergebnis des Berichtsjahres liegen wird. Der Provisionsüberschuss wird sich nach unseren Annahmen auf dem Niveau des Jahres 2017 bewegen.

Hinsichtlich des Verwaltungsaufwandes gehen wir im Personalbereich für das Jahr 2018 von unwesentlich steigenden Belastungen aus. Die Mitarbeiterzahl wird sich nach dem deutlichen Abbau in 2017 im Jahr 2018 stabilisieren. Der Sachaufwand dürfte sich leicht über dem Niveau des Vorjahres bewegen. Der Verwaltungsaufwand wird somit insgesamt stabil bleiben.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft wird voraussichtlich aufgrund der im Risikobericht dargestellten Lage ein im mehrjährigen Zeitvergleich durchschnittliches Niveau haben und somit leicht über dem Niveau des Berichtsjahres liegen. Wir erwarten daher ein negatives Bewertungsergebnis. Aufgrund der beschriebenen Lage am Geld- und Kapitalmarkt rechnen wir gegenüber den Vorjahren mit vorübergehenden geringfügigen zinsbedingten Abschreibungen auf unseren Anleihebestand. Darüber hinaus gehen wir für unser Wertpapierportfolio nicht von wesentlichen bonitäts- und liquiditätsbedingten Bewertungsmaßnahmen aus. In Anleihen von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten des Euro-Währungsraumes ist die Sparkasse nicht engagiert.

Eintretende Abweichungen von den diesen Erwartungen zugrunde liegenden Annahmen dürften den prognostizierten Geschäftsverlauf der Sparkasse im Planungszeitraum grundsätzlich nicht gravierend beeinflussen. Insgesamt rechnen wir im Jahr 2018 zwar mit einem deutlich rückläufigen, im Branchenvergleich jedoch weiterhin überdurchschnittlichen Betriebsergebnis. Vor allem aufgrund der Zinssituation, aber auch wegen der in den letzten Jahren enorm gestiegenen Anzahl zu beachtender regulatorischer Anforderungen ist in den nächsten Jahren insgesamt von einem Ertragsrückgang auszugehen. Die ausgewogene Finanzlage der Sparkasse wird sich voraussichtlich nur wenig verändern. Der erwartete Betriebsüberschuss dürfte weiterhin eine angemessene Dotierung der Rücklagen und Vorsorgereserven ermöglichen. Hinsichtlich des Aufbaus der Vorsorge für die Erste Abwicklungsanstalt verweisen wir auf den CHANCEN- UND RISIKOBERICHT.

Lagebericht

Steigende Kapital- und Liquiditätsanforderungen für Kreditinstitute kann die Sparkasse aufgrund ihrer ausgewogenen Vermögens- und Finanzlage erfüllen. Wegen der Liquiditätsanforderungen werden die Möglichkeiten, langfristige Kredite zu vergeben, voraussichtlich eingeschränkt.

Wermelskirchen, den 12. März 2018

Der Vorstand

Jahnke

Schumacher

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2017

der

Stadtsparkasse
Wermelskirchen

Sitz
eingetragen beim Amtsgericht
Register Nr.

Telegrafenstr. 5-9, 42929 Wermelskirchen
Köln
A 15991

Land

Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk

Köln

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

	Euro	Euro	Euro	31.12.2016 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		4.938.191,32		5.033
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		4.583.203,18		4.492
			9.521.394,50	9.526
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		8.962.478,41		882
b) andere Forderungen		-,-		5.178
			8.962.478,41	6.060
4. Forderungen an Kunden			474.884.358,93	459.666
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	210.755.139,47 Euro			(205.265)
Kommunalkredite	21.884.445,89 Euro			(22.120)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
		-,-		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		20.267.217,12		25.393
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	20.133.450,00 Euro			(25.252)
bb) von anderen Emittenten		110.104.938,27		103.012
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	109.728.835,00 Euro		130.372.155,39	128.404
				(102.489)
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-		-
Nennbetrag	-,- Euro			(-)
			130.372.155,39	128.404
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			42.024.133,70	42.834
6a. Handelsbestand			-,-	-
7. Beteiligungen			8.433.103,48	8.412
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			4.586.265,09	6.843
darunter:				
Treuhandkredite	4.586.265,09 Euro			(6.843)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		-,-		-
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		-,-		-
			-,-	-
12. Sachanlagen			1.866.679,22	2.028
13. Sonstige Vermögensgegenstände			2.997.662,02	1.009
14. Rechnungsabgrenzungsposten			45.762,85	55
Summe der Aktiva			683.693.993,59	664.838

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2016 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		-,-		5.000
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		42.891.175,82		43.529
			42.891.175,82	48.529
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	121.226.944,97			120.931
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	79.780.693,93			87.289
		201.007.638,90		208.219
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	260.350.217,18			228.814
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	38.465.002,13			40.878
		298.815.219,31		269.692
			499.822.858,21	477.911
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		-,-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			-,-	-
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			4.586.265,09	6.843
darunter:				
Treuhandkredite	4.586.265,09 Euro			(6.843)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			193.701,65	176
6. Rechnungsabgrenzungsposten			124.995,06	185
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.556.164,00		7.120
b) Steuerrückstellungen		-,-		-
c) andere Rückstellungen		2.067.380,54		2.327
			9.623.544,54	9.447
8. (weggefallen)			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,-	-
10. Genussrechtskapital			-,-	-
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			90.510.000,00	86.810
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	34.936.870,81			34.825
cb) andere Rücklagen	-,-			-
		34.936.870,81		34.825
d) Bilanzgewinn		1.004.582,41		112
			35.941.453,22	34.937
Summe der Passiva			683.693.993,59	664.838
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		7.793.988,71		8.273
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-		-
			7.793.988,71	8.273
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		34.596.921,12		23.350
			34.596.921,12	23.350

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2016 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>13.964.837,69</u>			<u>14.463</u>
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen aus Geldanlagen	<u>6.476,88</u> Euro			<u>(1)</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>1.185.841,59</u>			<u>1.517</u>
		<u>15.150.679,28</u>		<u>15.980</u>
		<u>2.476.216,96</u>		<u>2.811</u>
2. Zinsaufwendungen				
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>105,57</u> Euro			<u>(0)</u>
abgesetzte positive Zinsen aus Geldaufnahmen	<u>23.887,48</u> Euro			<u>(31)</u>
			<u>12.674.462,32</u>	<u>13.169</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>953.926,61</u>		<u>802</u>
b) Beteiligungen		<u>210.244,72</u>		<u>149</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>1.164.171,33</u>	<u>952</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>-,-</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge		<u>5.057.000,98</u>		<u>4.770</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>145.242,73</u>		<u>155</u>
			<u>4.911.758,25</u>	<u>4.614</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands			<u>-,-</u>	<u>-</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>357.153,87</u>	<u>836</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	<u>570,14</u> Euro			<u>(-)</u>
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>-,-</u> Euro			<u>(94)</u>
9. (weggefallen)			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>19.107.545,77</u>	<u>19.571</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>5.401.511,18</u>			<u>5.910</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>1.695.438,47</u>			<u>1.693</u>
darunter: für Alters- versorgung	<u>691.748,72</u> Euro	<u>7.096.949,65</u>		<u>7.603</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>3.096.382,84</u>		<u>(648)</u>
			<u>10.193.332,49</u>	<u>3.675</u>
				<u>11.279</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>327.430,19</u>	<u>526</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>899.908,94</u>	<u>540</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	<u>-,-</u> Euro			<u>(0)</u>
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>612.250,16</u> Euro			<u>(286)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		<u>324.309,84</u>		<u>-</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		<u>-,-</u>		<u>765</u>
			<u>324.309,84</u>	<u>765</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		<u>-,-</u>		<u>-</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>23.800,00</u>		<u>12</u>
			<u>23.800,00</u>	<u>12</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>-,-</u>	<u>-</u>
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>3.700.000,00</u>	<u>5.360</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>3.686.364,31</u>	<u>2.643</u>
20. Außerordentliche Erträge		<u>-,-</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>-,-</u>	<u>-</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>2.664.099,06</u>		<u>2.514</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>17.682,84</u>		<u>18</u>
			<u>2.681.781,90</u>	<u>2.532</u>
25. Jahresüberschuss			<u>1.004.582,41</u>	<u>112</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>1.004.582,41</u>	<u>112</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>1.004.582,41</u>	<u>112</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn			<u>1.004.582,41</u>	<u>112</u>

Anhang zum Jahresabschluss

ALLGEMEINE ANGABEN

Der Jahresabschluss zum 31.12.2017 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Allgemeines

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Fälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Eingetretene Risiken aus Forderungen wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet. Für die Bemessung der Pauschalwertberichtigungen haben wir die durchschnittlichen Kreditausfälle der letzten fünf Jahre herangezogen. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden wie Vorfälligkeitsentgelte unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Wertpapiere

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) haben wir im Geschäftsjahr nicht geändert. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Existiert für ein Wertpapier ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Sofern bei einzelnen Wertpapieren kein Börsen- oder Marktpreis (aktiver Markt) vorlag, wurde der beizulegende Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Dabei haben wir insbesondere die von unserem Dienstleister zur Verfügung gestellten indikativen Kurse plausibilisiert. Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden Wert den Rücknahmepreis angesetzt. Sofern darüber hinaus an eine Mindesthaltefrist gekoppelte Rücknahmeabschlüsse für Anteile an offenen Immobilienfonds vereinbart wurden, haben wir diese bei Investmentfonds der Liquiditätsreserve bei der Wertermittlung berücksichtigt. Bei Fonds mit einer ausgesetzten Anteilscheinrücknahme wurde – sofern verfügbar – der Börsenkurs zur Wertermittlung herangezogen.

Beteiligungen

Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben

Anhang zum Jahresabschluss

des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Sachanlagen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 € werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 410 € werden diese Vermögensgegenstände im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Vermögensgegenstände über 410 € werden über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Gebäude werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Aktive latente Steuern

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Hierzu haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Für bestimmte Gruppen von Rückstellungen haben wir auch bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Die Abzinsung erfolgt mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen werden für Rückstellungen aus dem Bankgeschäft im Zinsergebnis sowie für Rückstellungen aus dem Nicht-Bankgeschäft im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Erfolge aus einer geänderten Schätzung der Laufzeit werden in dem Posten erfasst, in dem die Ersterfassung des abgezinsten Erfüllungsbetrages erfolgte. Aufzinsungseffekte weisen wir unter den Zinsaufwendungen für Rückstellungen aus dem Bankgeschäft sowie im sonstigen betrieblichen Aufwand für Rückstellungen aus dem Nicht-Bankgeschäft aus.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Dabei werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,0% sowie Rentensteigerungen von 2,0% unterstellt. Den Berechnungen der Pensionsrückstellungen wurde ein vom Pensionsgutachter auf das Jahresende 2017 prognostizierter Durchschnittszinssatz von 3,68%, der sich bei einer

Anhang zum Jahresabschluss

angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt. Die Ermittlung dieses durchschnittlichen Zinssatzes basiert auf einem Betrachtungszeitraum von zehn Jahren.

Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuchs)

Zinsbezogene Finanzinstrumente unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestandes. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlichen noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Währungsumrechnung

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete und nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländischen Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in € umgerechnet. Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte bestanden nicht.

Zum Stichtag bestanden ausschließlich in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei diesen besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um Währungspositionen von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt jeweils 280 Tsd. €.

ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €
Forderungen an die eigene Girozentrale	8.960	882

Im Unterposten b) - andere Forderungen – sind enthalten:

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €
Nachrangige Forderungen	0	5.178

Anhang zum Jahresabschluss

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.677	4.653
Nachrangige Forderungen	23	33

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	31.12.2017 Tsd. €
Börsennotiert	83.731
Nicht börsennotiert	46.132

Alle in diesem Posten erfassten Wertpapiere sind dem Umlaufvermögen zugeordnet.

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse ist alleinige Anteilsinhaberin an folgendem inländischen Sondervermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB).

Investment-fonds (in Mio. €)	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüt- tung in 2017	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
Spezialfonds	28,9	33,3	4,3	0,4	ja	0,0

Es handelt sich um einen Mischfonds mit internationaler Ausrichtung. Ziel ist die Erwirtschaftung einer regelmäßigen Rendite.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	31.12.2017 Tsd. €
Börsennotiert	0
Nicht börsennotiert	8.495

Alle in diesem Posten erfassten Wertpapiere sind dem Umlaufvermögen zugeordnet.

Anhang zum Jahresabschluss

Aktiva 7 - Beteiligungen

Angaben zu Unternehmen im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB, soweit diese nicht von untergeordneter Bedeutung sind

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Tsd. €	Jahresergebnis in Tsd. €
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	Düsseldorf	0,39	991.343 (31.12.2016)	n.V. (31.12.2016)

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12 - Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2017 Tsd. €
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	1.090
Betriebs- und Geschäftsausstattung	500

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt. Diese Anlage ist Bestandteil des Anhangs.

Aktiva 13 – Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen ist folgende nicht unwesentliche Einzelposition enthalten:

	31.12.2017 Tsd. €
Aus einer Bargeldbestellung über den Jahreswechsel hinaus bestehende Forderung	1.755

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €
Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	14	23

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	0	5.000

Für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände in Höhe von 32.580

Anhang zum Jahresabschluss

Tsd. € als Sicherheit übertragen worden.

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	107

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2017 Tsd. €	31.12.2016 Tsd. €
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	124	183

Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und deren Ansatz nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum 31.12.2017 871 Tsd. €.

Der Jahresüberschuss unterliegt in Höhe von 759 Tsd. € der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 S. 2 HGB, da in Vorjahren in diesem Zusammenhang bereits 112 Tsd. € der Sicherheitsrücklage zugeführt wurden.

Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

In diesem Posten werden übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen im Rahmen unserer Kreditmanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

Anhang zum Jahresabschluss

ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHUNG

Gewinn- und Verlustrechnung 12 – Sonstige betriebliche Aufwendungen

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. der Änderung des Diskontierungszins-satzes von Rückstellungen in Höhe von 612 Tsd. € enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung 23 – Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In diesem Posten sind aperiodische Aufwendungen in Höhe von 301 Tsd. €, die aus Nachzahlungen für Vorjahre infolge einer Außenprüfung gemäß § 193 ff. der Abgabenordnung für die Jahre 2013 bis 2015 resultieren.

SONSTIGE ANGABEN

Fristengliederung (in Tsd. €)

	mit einer Restlaufzeit von				mit unbe- stimmter Laufzeit	im Jahr 2018 fällig
	bis drei Monate	mehr als drei Mona- te bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen	0	0	0	0	---	---
4. Forderungen an Kunden	7.190	37.170	125.613	286.962	17.691	---
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpa- piere	---	---	---	---	---	40.158
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	713	12.067	9.722	20.075	---	---
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündi- gungsfrist von mehr als drei Monaten	2.192	77.246	321	6	---	---
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.470	8.644	25.764	229	---	---

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

Latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und eines Gewerbesteuersatzes von 15,54 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen fol-

Anhang zum Jahresabschluss

gender Gruppe von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden. Die passiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppe von Vermögensgegenständen und Schulden: Rückstellungen.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Nicht in der Bilanz enthaltene finanzielle Verpflichtungen

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2017 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2018 unverändert.

Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes – pauschales – Sanierungsgeld in Höhe von 3,5% der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Umlage für das Sanierungsgeld in Höhe von 3,5% bleibt im Jahr 2018 unverändert.

Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zzt. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2016 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 22 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betrugen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 4,7 Mio. € im Jahr 2017 0,4 Mio. €.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2017 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, ist es gemäß IDW RS HFA 30 für Zwecke der Anhangangaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB anteilig in Abzug zu bringen. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag auf 7,8 Mio. €.

Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung prognostizierte Wert zum 31.12.2017 verwendet.

Indirekte Haftung für die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u.a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rd. 25,03 %) haben im November

Anhang zum Jahresabschluss

2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. € als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2017 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Die Sparkasse ist verpflichtet, für dieses Risiko über einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge zu bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (0,42%). Zum 31.12.2017 beträgt der Anteil 0,39%.

Die im Zuge der Übernahme der Ausgleichsverpflichtungen vereinbarte Überprüfung des Vorsorgebedarfs im Jahr 2016 hat ergeben, dass die Voraussetzungen für eine Aussetzung erstmals zum 31.12.2015 erfüllt waren. Neben dem Erreichen des vereinbarten kumulierten Mindestvorsorgevolumens lässt der Abwicklungsplan der Erste Abwicklungsanstalt derzeit erwarten, dass ein Verlustausgleich nicht zu leisten sein wird. Die Aussetzung erfolgte bis auf Weiteres. Die regelmäßige Überprüfung hat ergeben, dass die Voraussetzungen auch zum 31.12.2017 erfüllt waren.

Die bis zum 31.12.2014 gebildete bilanzielle Vorsorge von 1,9 Mio. € in Form der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bleibt von der Aussetzung unberührt.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr 2017 wurden für den Abschlussprüfer Honorare in Höhe von insgesamt 222 Tsd. € (davon für das Vorjahr 14 Tsd. €) erfasst. Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Mitarbeiter / -innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2017	2016
Vollzeitkräfte	72	79
Teilzeit- und Ultimokräfte	35	41
	107	120
Auszubildende	9	11
Insgesamt	116	131

Anhang zum Jahresabschluss

Vorstand

Rainer Jahnke
Hans-Jörg Schumacher

Vorsitzender

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied:
Martin Fleschenberg

Selbst. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Stellvertreter des vorsitzenden Mitgliedes:

Norbert Galonska
Manfred Schmitz-Mohr

1. stellvertretender Vorsitzender
2. stellvertretender Vorsitzender

Mitglieder:

Werner Allendorf
Jochen Bilstein
Norbert Galonska
Anja Güntermann
Dirk Hellhammer
Hans-Jürgen Klein
Horst-Walter Schenk
Manfred Schmitz-Mohr
Michael Schneider
Klaus Seeger
Andrea vom Stein
Karl-Heinz Wilke

Pensionär
Pensionär
Pensionär
Beratungsstellenleiterin Lohnsteuerhilfverein
Sparkassenangestellter
Rentner
Selbständiger Berufsbetreuer
Rentner
Selbständiger Kaufmann
Rentner
Sparkassenangestellte
Kaufmännischer Angestellter

Herr Bürgermeister Rainer Bleek nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates in seiner Funktion als Hauptverwaltungsbeamter teil.

Vorschüsse und Kreditgewährungen an den Vorstand und den Verwaltungsrat

Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen zum 31.12.2017 Kreditverhältnisse (einschließlich unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale) in Höhe von 425 Tsd. €. Mit den Mitgliedern des Verwaltungsrates bestehen zum 31.12.2017 Kreditverhältnisse (einschließlich unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale) in Höhe von 2.381 Tsd. €.

Berichterstattung über die Bezüge und andere Leistungen der Mitglieder des Vorstandes sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstandes

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstandes ist der Verwaltungsrat zuständig. Grundlage für die Bezüge sind die Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben der Festvergütung kann dem Mitglied des Vorstandes als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15% des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Jahnke 307 Tsd. € Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er sonstige Vergütungen von 5 Tsd. €. Im Geschäftsjahr 2017 wurde dem Vorstandsmitglied Herrn Schumacher 262 Tsd. € Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 33 Tsd. € sowie sonstige Vergütungen von 8 Tsd. €. Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Jahnke und Herr Schumacher Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von dem jeweiligen Vor-

Anhang zum Jahresabschluss

standsmitglied zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Jahnke beträgt 55% der festen Bezüge (bis 31.01.2018 50%). Der Anspruch von Herrn Schumacher beträgt bis zum 31.05.2018 45%, ab 01.06.2018 50% der festen Bezüge und steigt im Falle einer Wiederbestellung um 5%-Punkte auf maximal 55% an.

Die Altersversorgung beträgt maximal 55% der festen Bezüge zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Jahnke beläuft sich zum 31.12.2017 auf 2.490 Tsd. €. Im Jahr 2017 wurden der Pensionsrückstellung 324 Tsd. € zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Schumacher beläuft sich zum 31.12.2017 auf 1.511 Tsd. €. Im Jahr 2017 wurden der Pensionsrückstellung 220 Tsd. € zugeführt.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wird für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschließlich seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die zum Jahresbeginn amtierenden ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrates für die Tätigkeit im Verwaltungsrat einen Pauschalbetrag von 1.000 € pro Jahr. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht. Sofern Verwaltungsratsmitglieder umsatzsteuerpflichtig sind, wurden die genannten Bezüge zuzüglich 19% Umsatzsteuer gezahlt.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und –teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2017 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Tsd. €	Name	Tsd. €
Allendorf, Werner	1,8	Schenk, Horst-Walter	2,0
Bilstein, Jochen	2,0	Schmitz-Mohr, Manfred	3,0
Fleschenberg, Martin	5,5	Schneider, Michael	3,0
Galonska, Norbert	3,0	Seeger, Klaus	2,0
Güntermann, Anja	2,0	vom Stein, Andrea	2,0
Hellhammer, Dirk	2,0	Wilke, Karl-Heinz	2,3
Klein, Hans-Jürgen	2,3		
insgesamt: 33,5 Tsd. € (inkl. 0,8 Tsd. € Umsatzsteueranteile)			

Pensionsrückstellungen und –zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 346 Tsd. € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen von 3.555 Tsd. €.

Angabe der Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

Herr Jahnke ist Mitglied des Aufsichtsrates der Provinzial Rheinland Versicherung AG sowie der Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG. Ferner ist Herr Jahnke Mitglied des Verwaltungsrates der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse.

Anhang zum Jahresabschluss

Offenlegung der Angaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen durch Institute

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen werden auf der Internetseite der Sparkasse (www.sparkasse-wermelskirchen.de) unter der Rubrik Preise und Hinweise / Preise und Leistungen / Offenlegungsbericht veröffentlicht.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Wermelskirchen, den 2. März 2018

Der Vorstand

Jahnke

Schumacher

Anlage Anlagespiegel

Anhang zum Jahresabschluss

Anlagespiegel

Sachanlagen			€
Entwicklung der Anschaffungs- / Herstellungskosten	Stand am 01.01. des Geschäftsjahres		14.252.501,30
	Zugänge		171.209,59
	Abgänge		26.840,93
	Umbuchungen		0,00
	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres		14.396.869,96
Entwicklung der kumulierten Abschreibungen	Stand am 01.01. des Geschäftsjahres		12.224.248,58
	Abschreibungen im Geschäftsjahr		327.430,19
	Zuschreibungen im Geschäftsjahr		0,00
	Änderung der gesamten Abschreibungen	im Zusammenhang mit Zugängen	0,00
		im Zusammenhang mit Abgängen	21.488,03
		im Zusammenhang mit Umbuchungen	0,00
	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres		12.530.190,74
Buchwerte	Stand am 01.01. des Geschäftsjahres		2.028.252,72
	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres		1.866.679,22

Der Bilanzwert der Beteiligungen beträgt zum 31.12. des Geschäftsjahres 8.433.103,48 € (Vj. 8.412.240,44 €). Die Nettoveränderung der Beteiligungen beträgt +20.863,04 €. Der Bilanzwert der Sonstigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens beträgt zum 31.12. des Geschäftsjahres 6.250,00 € (Vj. 6.250,00 €). Die Nettoveränderung der Sonstigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens beträgt 0,00 €.

Länderspezifische Berichterstattung

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS GEMÄSS § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31.12.2017 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31.12.2017 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Stadtsparkasse Wermelskirchen besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands (Erträge / Aufwendungen saldiert) und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2017 19.108 Tsd. €.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 88.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 3.686 Tsd. €. Die Steuern auf den Gewinn betragen 2.664 Tsd. €. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Stadtparkasse Wermelskirchen (im Folgenden „Sparkasse“)

A. Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparkasse bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse zum 31.12.2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften von der Sparkasse unabhängig und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. § 340 k Abs. 3 HGB, dass alle von uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

B. Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir einen aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt aufgebaut:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung von Beteiligungen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Im Jahresabschluss der Sparkasse werden zum 31.12.2017 Beteiligungen unter der Bilanzposition Aktiva 7 mit Buchwerten von 8,4 Mio. EUR ausgewiesen. Sie entfallen im Wesentlichen auf die Anteile am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV).

Der RSGV hält seinerseits Beteiligungen im Wesentlichen an Unternehmen der Sparkassen Finanzgruppe. Da weder für die unmittelbaren noch für die mittelbaren Beteiligungen regelmäßig beobachtbare Marktpreise vorliegen, ist es für die Bewertung des Anteilsbesitzes notwendig, auf Bewertungsmodelle bzw. Wertgutachten zurückzugreifen. Da die in die Bewertung einfließenden Parameter wesentlich die Wertermittlung beeinflussen, war dieser Sachverhalt angesichts der Höhe der Beteiligungsbuchwerte im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorgehensweise der gesetzlichen Vertreter (Vorstand) nachvollzogen sowie die internen Verfahren der Sparkasse zur Bewertung der Beteiligungen beurteilt. Die für die Bestimmung des Wertansatzes herangezogenen Unterlagen haben wir in Bezug auf deren Eignung, Aktualität, Methodik sowie die Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die den Wertermittlungen zugrunde liegenden Ausgangsdaten, Wertparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie in vertretbaren Bandbreiten liegen. Die vom Vorstand zur Bewertung der Beteiligungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen sind hinreichend dokumentiert und begründet. Sie konnten von uns nachvollzogen werden und liegen innerhalb vertretbarer Bandbreiten.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen zu den Beteiligungen und deren Bewertung sind in den Anhangangaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB im Rahmen der Angaben zu Aktiva 7 (Abschnitt Angaben und Erläuterungen zur Bilanz) und den Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellungen und Erläuterungen im Lagebericht (Abschnitt Beteiligungsrisiko).

C. Verantwortung der gesetzlichen Vertreter (Vorstand) und des Aufsichtsorgans (Verwaltungsrat) für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten und unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Sparkasse zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

D. Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können,
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben,

- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben,
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Sparkasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann,
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt,
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Sparkasse,
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Verwaltungsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Verwaltungsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Verwaltungsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

E. Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO:

Wir sind nach § 24 Abs. 3 Satz 1 des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen i. V. m. § 340k Abs. 3 Satz 1 HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Sparkasse.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem Prüfungsbericht nach Artikel 11 EU-APrVO in Einklang stehen.

Von uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Sparkasse erbracht:

- Erteilung einer Bescheinigung nach § 16j FinDAG

F. Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Michael Vietze.

Düsseldorf, den 23. Mai 2018

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Vietze
Wirtschaftsprüfer

Diek
Verbandsprüfer